



Baar, 14. Februar 2010

Nein zur Aufhebung von Listenverbindungen

Jahrzehntlang gab es im Kanton Zug 2 verschiedene Wahlsysteme: Listenproporz bei Wahlen im Kanton Zug und der Nationalratsproporz bei den Nationalratswahlen. Niemand störte sich daran. Bis die grossen Parteien CVP und FDP wegen dem Aufkommen von neuen politischen Gruppierungen, den Alternativen und dann die SVP, immer mehr Wähleranteile verloren. Ihre Schlussfolgerung: wir ändern das Wahlsystem im Kanton Zug, so dass wir wieder mehr Mandate erhalten. Ein erster Versuch zur Einführung von Majorzwahlen mit einer Initiative scheiterte wegen einem Formfehler. Der zweite Versuch mit einer Motion im Kantonsrat war erfolgreicher. Die darauf folgende Abstimmung ging jedoch verloren: die Listenproporz blieb uns erhalten. Der nächste Versuch zu einer Änderung des Wahlsystems bildete die Revision der Änderung des Wahl- und Abstimmungsgesetzes. Die CVP und die FDP drückten durch, dass bei den Kantonalen- und den Gemeindlichen Wahlen neu nach dem Nationalratsproporz gewählt wird: das Total aller Kandidatenstimmen auf einer Liste ist massgebend für die Anzahl der erhaltenen Sitze. Vordergründig wegen einem einheitlichen Wahlsystem. Hintergründig ging es um ein Wahlsystem, dass die CVP und FDP begünstigt. Zum Nationalratsproporz gehört auch die Möglichkeit von Listenverbindungen. Bei Kantonalen- und Gemeindlichen Wahlen sind Listenverbindungen ebenfalls möglich, jedoch keine Unterlistenverbindungen. Und diese Unterlistenverbindungen brachten bei den letzten Nationalratswahlen eine sehr grosse Anzahl von Kandidierenden. Bei den Kantonalen und Gemeindlichen Wahlen ohne diese Unterlistenverbindungen bleibt die Zahl der Kandidierenden überschaubar. Mit dem Scheinargument der Übersichtlichkeit drückte nun die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat durch, dass Listenverbindungen nicht mehr möglich sind. Das Verbot von Listenverbindungen begünstigt einmal mehr die grossen Parteien, macht das Leben schwer für kleinere Parteien oder neue Gruppierungen. Aus diesem Grunde empfehle ich ein Nein zur Aufhebung der Listenverbindung bei der kommenden Abstimmung.

Verklausuliert will die FDP übrigens jetzt schon eine Listenverbindung mit der CVP und SVP bei den Nationalratswahlen 2011: etwas, von dem sie profitieren möchte. Und die gleiche Möglichkeit von Listenverbindungen lehnt sie bei kantonalen und gemeindlichen Wahlen ab. Wasser predigen und Wein trinken bei der FDP?